Wuppertal-Elberfeld, den 21. bzw. 27. Dezember 1934.

Denkschrift des Bekenntnispresbyteriums der evangelisch-reformierten Gemeinde Elberfeld zur Umordnung des Predigtendienstes.

Unter Hinweis auf den Erlaß des Herrn Reichsinnenministers
vom 6. und 7. November 1934.

Siehe für Mitglieder der Gemeinde. Nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

1. Auf Beschluß eines Provinzialkirchenrates, der unter Verletzung der Verfassungsurkunde der Evangelischen Kirche der altpreussischen Union zustande gekommen war, wurde das Presbyterium unserer evangelisch-reformierten Gemeinde Elberfeld am 6. März 1934 aufgelöst, „weil es beharrlich den Verordnungen und Maßnahmen des Herrn Reichsbischofs und Landesbischofs den Gehorsam aufjagte“. Die Mehrheit des Presbyteriums hatte sich von ihrem reformierten Bekenntnisstand aus und im Sinne der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche zu einer Bekenntnishaltung durchgerungen, die gegen Verordnungen und Maßnahmen des Reichsbischofs öffentlich Verwahrung einlegte. Inzwischen sind diese Verordnungen und Maßnahmen von dem deutsch-christlichen Kirchenregiment selber aufgehoben worden. Trotzdem bleibt die Auflösung des Elberfelder reformierten Presbyteriums weiter bestehen.

2. Eine nach Gottes Wort reformierte Gemeinde kann nicht ohne Presbyterium sein. Am 18. März 1934 schlossen sich zunächst 27 Presbyter „als bekennendes Presbyterium“ zusammen, um ihren Dienst nach ihrem Gelöbniß weiterhin auszurichten. Das Bekenntnis-Presbyterium ergänzte sich später kirchenordnungsmäßig durch andere Männer der Gemeinde. So blieb die Gemeinde nicht ohne den für sie lebensnotwendigen Presbyterdienst. In seiner Verantwortung vor Gott hat das Bekenntnis-Presbyterium insbesondere dafür gesorgt, dem auf Grund einer unrechtmäßigen Verordnung nur wegen seiner Bekenntnishaltung abgesetzten Pastor Lic. Klugkist Hesse die Möglichkeit zu regelmäßigem Dienst am Wort zu verschaffen. Dazu wurden die Gottesdienste im Evangelischen Vereins Hause eingerichtet, anfänglich unter Zustimmung sämtlicher Pastoren, wenigstens für die Sonntage, an denen Pastor Lic. Klugkist Hesse Kirchendienst hatte. — Das alles war für unsere Gemeinde nichts anderes als kirchliches Notrecht. Das Bekenntnis-Presbyterium wollte von Anfang an seinen Dienst nur tun bis zur Wiedereinsetzung des rechtlichen Presbyteriums oder bis zu einer rechtmäßigen Neuwahl, bei der die bekennende Gemeinde ihre Presbyter selbst zu bestimmen hätte (Schreiben an das Präsidium der Bekenntnissynode vom 29. September 1934). Ebenso sollten die Bekenntnisgottesdienste im Vereins Hause nur bis zur Wiedereinsetzung von Pastor Lic. Klugkist Hesse stattfinden.

3. Durch die Bekenntnissynode in Berlin-Dahlem vom 19. und 20. Oktober 1934 wurde das kirchliche Notrecht für den gesamten Bereich der Deutschen Evangelischen Kirche ausgerufen. Das Bekenntnis-Presbyterium Elberfeld erkannte die Bekenntnissynode als rechtmäßige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche an. Umgekehrt erkannte die Bekenntnissynode das Elberfelder Bekenntnis-Presbyterium als rechtmäßige Leitung der evangelisch-reformierten Gemeinde an.

4. In Ausführung der Dahlemer Botschaft zog sich nun das Bekenntnis-Presbyterium von der Mitarbeit mit all denen zurück, die auch weiterhin gewillt waren, dem deutsch-christlichen Kirchenregiment zu gehorchen. Dazu gehören die „Bevollmächtigten“ der Gemeinde, die zu Unrecht an Stelle des aufgelösten Presbyteriums handeln. Nach dem materiellen Recht der Kirche, das nur von der Heiligen Schrift und vom Bekenntnis her bestimmt sein darf, ist ihr Ursprung illegal. Dem entspricht ihr illegales Verhalten, daß sie sowohl die unrechtmäßige Absetzung von Pastor Lic. Klugkist Hesse wie die unrechtmäßige Auflösung des Presbyteriums praktisch decken und daß sie das Predigerseminar der Gemeinde wegen seiner Haltung nach Schrift und Bekenntnis stillzulegen versuchen. Das Bekenntnis-Presbyterium verfuhr gegen die „Bevollmächtigten“ im Gehorsam gegen das Wort des Herrn Christus Matthäus 18, 15 ff. auf dem Wege der christlichen Bußzucht (Heidelberger Katechismus, Frage 85). Insbesondere durfte das Bekenntnis-Presbyterium es dabei nicht mehr gutheißen, daß der Predigtturnus, der lediglich vom Presbyterium der Gemeinde zu ordnen ist, sich unter der Aufsicht der „Bevollmächtigten“ vollzog und von ihnen nach Gutdünken geändert wurde.

5. Das Bekenntnis-Presbyterium mußte als rechtmäßige Leitung der Gemeinde sich für den Predigtendienst an allen Predigtstätten verantwortlich wissen. Es konnte aber nicht die schmerzliche Tatsache übersehen, daß von 9 amtierenden Pastoren sich nur 4 ihm zuordneten, während 5 andere der wiederholten Bitte, sich ihm ebenfalls zuzuordnen, nicht endgültig entsprochen haben, trotzdem keiner von ihnen mehr zu den Deutschen Christen gehört.

6. Um den unhaltbaren Zuständen in der so zerrissenen Gemeinde und in ihrem Pastorenkollegium zu begegnen, und insbesondere um dem zu Unrecht abgesetzten Pastor Lic. Klugkist Hesse den Dienst auf den Kanzeln der Gemeinde wieder zu ermöglichen, beschloß das Bekenntnis-Presbyterium am 19. November, eine Teilung der Predigtstätten für die beiden Pastorengruppen in Aussicht zu nehmen. Wesentlich bestärkt wurde das Bekenntnis-Presbyterium in diesem Entschluß dadurch, daß die Zahl der Besucher in den Gottesdiensten des Vereinshauses ständig wuchs. Dazu kam, daß die entscheidende kirchliche Verordnung vom 26. Januar 1934, auf Grund deren Pastor Lic. Klugkist Hesse abgesetzt ist, vom deutsch-christlichen Kirchenregiment aufgehoben wurde, daß aber seine Absetzung trotzdem in Kraft bleiben sollte. Vor allem wollte das Bekenntnis-Presbyterium durch die Inanspruchnahme von Kanzeln der Gemeinde klar zum Ausdruck bringen, daß die Bekenntnis-Kirche keineswegs Freikirche sein will, und daß die Bekenntnis-Gemeinde nicht entfernt daran denkt, eine abgesonderte Gemeindeguppe darzustellen, wie uns das jetzt mehrfach vorgeworfen wurde. Die Bekenntnis-Gemeinschaft hat vor aller Welt durch die Bekenntnissynode erklärt, daß sie selber die rechtmäßige Deutsche Evangelische Kirche ist. Ebenso ist die Elberfelder reformierte Bekenntnis-Gemeinde, die mit mehr als viertausend erwachsenen Mitgliedern das Bekenntnis-Presbyterium trägt, die rechtmäßige nach Gottes Wort reformierte Gemeinde Elberfeld innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche.

7. Im Auftrage des Bekenntnis-Presbyteriums sprach Pastor Lesser in brüderlicher Weise am 20. November mit Pastor Weinsheimer, um ein Einvernehmen zwischen den beiden Pastorengruppen über eine Aufteilung der Predigtstätten der Gemeinde zu erzielen. Es wurde zunächst vorgeschlagen, den Pastoren der Bekenntnisgemeinde (D. Hesse, Lic. Klugfist Hesse, Lesser, Bonn) die beiden Gottesdienste in der Friedhofskirche und den im Gemeindestift zu überlassen. Da aber Pastor Weinsheimer namentlich im Blick auf das Jubiläum des Reformierten Gesangvereins auf die Friedhofskirche besonderen Wert legte, wurde von Pastor Lesser die Alte Kirche genannt. Sie konnte nach einer Besichtigung trotz der Orgelreparatur damals durchaus als benutzbar angesehen werden.

8. Die versprochene Antwort von Pastor Weinsheimer, die nach einer vorgesehenen Rücksprache mit den anderen Kollegen seiner Gruppe erfolgen sollte, blieb aus. Wohl aber erklärte Pastor Weinsheimer am Tage nach der Unterredung mit Pastor Lesser im Bußtagsgottesdienst der Friedhofskirche, er predige dort jetzt wohl zum letztenmal. Er rechnete also, wie es scheint, damals selbst mit einer Aberlassung der Friedhofskirche an das Bekenntnis-Presbyterium.

9. Für den 1. Advent lud nun das Bekenntnis-Presbyterium öffentlich zu Gottesdiensten in der Alten Kirche morgens und abends und im Gemeindestift ein. Es sollte so der Dienst der zu ihm gehörenden Pastoren an den Predigtstätten der Gemeinde voll und ganz verwirklicht werden. Als aber das Bekenntnis-Presbyterium die Alte Kirche am Nachmittag vor dem 1. Advent besichtigte, wurden die Türen der Kirche vor seinen Augen im Auftrage der „Bevollmächtigten“ mit Eisenstangen versperrt, trotzdem die Baupolizei keine Bedenken gegen die Abhaltung der Gottesdienste angemeldet hatte. So wurde den Pastoren der Dienst in der Kirche der Gemeinde von seiten der „Bevollmächtigten“ unmöglich gemacht, und die Gemeinde mußte am Sonntage wieder von der Alten Kirche ins Vereinshaus gewiesen werden.

10. Am 2. Advent wurde auch der Kirchensaal des Gemeindestiftes dem vom Bekenntnis-Presbyterium dorthin entsandten Prediger verweigert. Von diesem 2. Advent an richtete das Bekenntnis-Presbyterium außer dem Vormittags-Gottesdienst im Vereinshaus, der von jetzt an ausdrücklich als Ersatz des Vormittags-Gottesdienstes der Alten Kirche bezeichnet wurde, auch noch einen Abendgottesdienst in der Alten Post ein, und zwar als Ersatz für den Abendgottesdienst in der Alten Kirche. Während also die „Bevollmächtigten“ den Predigtendienst der Alten Kirche seit Monaten einfach hatten fallen lassen, ohne an irgendwelchen Ersatz zu denken, wurde seitens des Bekenntnis-Presbyteriums für den Dienst an der Alten Kirche durch 2 Ersatzgottesdienste ausreichend gesorgt. Das Bekenntnis-Presbyterium ist bereit, sofort nach Beendigung der Bauarbeiten in der Alten Kirche beide Gottesdienste in ihr zu übernehmen und die beiden Ersatzgottesdienste im Vereinshause bzw. jetzt im Evang. Jugendhause und in der Alten Post dafür fallen zu lassen. Abriß wurde durch ein Schreiben von Pastor Lic. Klugfist Hesse an Pastor Weinsheimer unter dem 7. Dezember der Anspruch des Bekenntnis-Presbyteriums auf die Alte Kirche und auf das Reformierte Gemeindestift noch einmal in aller Form angefündigt.

11. Als am 3. Advent das Gemeindestift wieder vom Bekenntnis-Presbyterium in Anspruch genommen wurde, konnte weder der Kirchensaal noch der untere Vereinsaal gebraucht werden. Letzterer war durch dicke Ketten und große Vorhängeschlösser unzugänglich gemacht. Der Prediger Pastor Lic. Klugfist Hesse, dessen Absetzung nunmehr durch Aufhebung der entscheidenden Verordnung vom 26. Januar für jedermann als eine völlig unrechtmäßige klar geworden sein mußte, und der auch nach dem noch vom alten rechtmäßigen Presbyterium aufgestellten Turnus an diesem Sonntag im Gemeindestift hätte predigen müssen, sah sich durch das Verhalten der „Bevollmächtigten“ gezwungen, in den von der Evangelischen Gesellschaft zur Verfügung gestellten Stadtmissionsaal an der Hopfenstraße zu ziehen und dort Gottesdienst zu halten. Die jetzt sonntägliche Benutzung des Saales an der Hopfenstraße hebt selbstredend den Anspruch des Bekenntnis-Presbyteriums auf das Gemeindestift als die rechtmäßige Predigtstätte der Gemeinde in keiner Weise auf.

12. Den Pastoren des Bekenntnis-Presbyteriums wurde nun trotz dieser Ausschließung aus der Alten Kirche und aus dem Gemeindestift im Kirchenzettel öffentlich der Vorwurf der Dienstverweigerung gemacht. Sie wandten sich daher in zwei gemeinschaftlichen Schreiben vom 15. und 21. Dezember 1934, zwischendurch auch in einer einzelnen persönlichen Unterredung, an ihre Kollegen in der anderen Gruppe, um ihnen nochmals einen Vorschlag zur Befriedung zu machen. Der Vorschlag bezog sich nun nicht bloß auf die beiden Gottesdienste der Alten Kirche und den des Gemeindestiftes, sondern außerdem noch auf einen vierten Gottesdienst, der von der anderen Gruppe vorgeschlagen werden sollte. Es wurde dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß man in Zukunft wieder miteinander arbeiten könne. Solch erwünschtes Zusammenarbeiten könne aber, so wurde es zum Ausdruck gebracht, nur dann wieder der Wirklichkeit näherrücken, wenn die beiden Gruppen zunächst zu scheidlich friedlichem Nebeneinanderarbeiten auseinander treten würden. So könne am besten allerlei Zündstoff aus der Welt geschafft werden, der durch ein Gegeneinanderarbeiten immer wieder entstehen müsse. Leider lautete die Antwort der Pastoren in der anderen Gruppe dahin, es sei Sache „des Presbyteriums bzw. dessen Rechtsnachfolgers“, den Predigtturnus zu ordnen. Sind mit diesem „Rechtsnachfolger“ die „Bevollmächtigten“ gemeint, so ist allerdings eine Verständigung nicht möglich. Daß in diesem Antwortschreiben der Pastoren die Frage einer Wiedereinsetzung ihres Kollegen Pastor Lic. Klugfist Hesse in seinen geordneten Dienst mit Stillschweigen übergangen wurde, ist tief zu bedauern.

Abschließend stellt das Bekenntnis-Presbyterium vor der ganzen Gemeinde fest, daß es völlig den Tatsachen widerspricht, wenn in einem Rundschreiben an die Glieder unserer Gemeinde ebenso wie im Kirchenzettel die Pastoren des Bekenntnis-Presbyteriums einer Dienstverweigerung beschuldigt werden. Es handelt sich lediglich um eine Umordnung des Predigtendienstes, die der Notlage der Gemeinde entspricht und das Beste der Gemeinde im Auge hat.

Umgekehrt muß mit allem Nachdruck erklärt werden, daß Pastoren des Bekenntnis-Presbyteriums von den „Bevollmächtigten“ der von ihnen geforderte Dienst am Wort an geordneten Predigtstätten der Gemeinde verweigert und unter Anwendung von Gewalt unmöglich gemacht worden ist.